



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 12.10.2011

ÖFFENTLICH

TOP 2

Umsetzung und Durchführung eines Anreizsystems für Studierende zur Steigerung der Attraktivität des Studienorts, Stärkung der Identität mit dem Studienort und Gewinnung zur Anmeldung Ihrer Hauptwohnung in Ludwigsburg.

Vorl.Nr. 350/11

Beratungsverlauf:

Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) berichtet, dass man vom Land für jeden Bürger, der mit Hauptwohnsitz in einer Stadt gemeldet sei, rund 850 bis 900 € an Zuweisungen erhalte. Derzeit gebe es jedoch keinerlei Anreiz und somit auch keine Motivation für Studierende, ihren Hauptwohnsitz nach Ludwigsburg zu verlegen. Entsprechende Zuweisungen entgingen daher der Stadt. Nicht nur aus diesem Grund, sondern vor allem auch unter Aspekten des demographischen Wandel sei man bestrebt, die Zielgruppe der Studierenden stärker an Ludwigsburg zu binden und eine Identifikation mit der Stadt herbeizuführen. Daher schlage die Verwaltung gemeinsam mit der Firma Amaretis ein umfassendes Anreizsystem vor. Die Kosten für Implementierung und Durchführung im ersten Semester beliefen sich auf ca. 80 000 €.

Herr **Vicente** und Herr **Bergmann** (Amaretis) präsentieren die Ergebnisse einer Studierendenbefragung zu den Möglichkeiten zur Steigerung der Hauptwohnsitzmeldungen in Ludwigsburg und zeigen daraus resultierende Konsequenzen für eine Erstwohnsitzkampagne und ein mögliches Anreizsystem auf. Sie verweisen zudem auf Erfahrungen anderer Städte und skizzieren einen exemplarischen Lösungsweg für Ludwigsburg .

Stadtrat Dr. **Vierling** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 341/10. Seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen freue sich darüber, dass mit der Firma Amaretis ein erfolgreicher und erfahrener Bündnispartner habe gewonnen werden können. Es liege ein gutes Konzept vor, das nicht die „Keule Zweiwohnungssteuer“ schwingt, sondern auf eine wünschenswerte Attraktivierung der Stadt für Studenten ziele und er hoffe, dass dieses Konzept bald verwirklicht werden könne. Wichtig zur Steigerung der Attraktivität sei günstiger Wohnraum und günstiger ÖPNV. Er appelliere an Stadtverwaltung, WBL und ÖPNV, gemeinsam an diesen Punkten zu arbeiten. Hauptgewinner des Konzepts werde die Stadt selbst sein, die von einer stärkeren Verankerung der Hochschulen und der Studierenden sowie von einer Belebung und Dynamisierung profitieren werde.

Die Vertreter der weiteren gemeinderätlichen Fraktionen erklären einmütig, dass der Antrag Vorl. Nr. 341/10 grundsätzlich in die richtige Richtung gehe und auch der Zeitpunkt für eine Attraktivierung des Studienortes Ludwigsburg und eine Wohnsitzkampagne richtig gewählt sei. Richtig sei auch, dass Ludwigsburg als Stadt ohne lange studentische Tradition vom Aufbau eines Images als Studentenstadt profitieren könne. Kritisch wird hingegen der vorgeschlagene Weg zur Erreichung dieser Ziele gesehen. Es seien keine Alternativen zur Zielerreichung geprüft worden, so dass weder Wege noch Kosten verglichen werden könnten. Auch sei nicht dargestellt worden, wie

die angekündigten Anreize genau gestaltet werden sollen oder wie sich die veranschlagten Kosten im Detail zusammensetzten. Auf dieser Basis könne man keine Entscheidung treffen.

Stadtrat **Rebholz** fordert die Verwaltung auf, gemeinsam mit der IHK zu prüfen, ob in Zusammenhang mit den Vergünstigungen die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung und eventueller Klagen dagegen ausgeschlossen sei.

Die Stadträte **Daferner** und **Heer** geben übereinstimmend zu bedenken, dass die Hochschulen in Ludwigsburg fast ausschließlich regionale Bedeutung hätten. Die Studenten kämen aus dem direkten Ludwigsburger Umland und könnten pendeln, so dass eine Ummeldung nach Ludwigsburg trotz Anreizsystem fraglich bleibe.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt kritisch an, dass verschiedene der vorgeschlagenen Vergünstigungen, so beim ÖPNV und den Mieten, außerhalb der Möglichkeiten der Stadtverwaltung lägen. Außerdem setzt er sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Hochschulen ein eigenes Konzept erarbeiten und umsetzen solle.

EBM **Seigfried** legt dar, dass der FB Bürgerdienste weder von der Personalkapazität noch von der Kompetenz zur Ausarbeitung eines entsprechenden Systems und der Generierung von Anreizen in der Lage sei. Daher habe man sich in der Firma Amaretis einen entsprechend qualifizierten Partner gesucht. Er sei zuversichtlich, dass man trotz der bekannten Nachteile durch die besonderen Spezifika der in Ludwigsburg angebotenen Studiengänge genug neue Hauptwohnsitze gewinnen könne, um die Kampagne zu finanzieren und zusätzlich einen Überschuss zu erwirtschaften. Ein finanzielles Risiko für die Stadt bestehe nicht, vielmehr erhalte man zusätzlich einen Imagegewinn.

Das Gremium betont mehrheitlich, das Ziel einer Attraktivierung des Studienorts und eines Anreizsystems für die Anmeldung der Hauptwohnung weiter verfolgen zu wollen. Auf der Basis des heutigen Beschlussvorschlages sei man jedoch aus den oben genannten Gründen nicht entscheidungsreif.

EBM **Seigfried** sagt daraufhin zu, die Anregungen des Gremiums mitzunehmen und die noch offenen Fragen aufzuarbeiten. Auf dieser Basis werde man dann zu gegebener Zeit wieder ins Gremium kommen.

TOP 2.1

Attraktiver Erstwohnsitz für Studentinnen und Studenten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2010

Vorl.Nr. 341/10

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe 3.1 und 3.2.

Beratungsverlauf:

Prof. Dr. **Höfflin** (Evangelische Hochschule Ludwigsburg) erläutert die der Telefonbefragung zu Grunde liegende Aufgabenstellung, informiert über den Verlauf der Erhebung und stellt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 418/11 deren Ergebnisse vor. Als Fazit fasst er zum einen zusammen, dass die Bedarfsquote von 31%, mit welcher man bisher gearbeitet habe, als unterer Planungskorridor gesehen werden müsse. Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren steige mit hoher Dynamik. Hier gelte zum einen, dass ein Angebot auch wiederum Nachfrage schaffe, zum anderen müsse die grundsätzliche Bevölkerungsentwicklung mit berücksichtigt werden. Zum anderen weist er darauf hin, dass es bei der Nachfragesituation kleinräumige Unterschiede in den einzelnen Stadtteilen gebe. Auf Grund der geringen Stichprobengröße seien noch keine validen Aussagen möglich. Hier brauche es eine Feinjustierung.

EBM **Seigfried** will die Umfrageergebnisse als Indikatoren für die weitere Ausbauplanung mit heranziehen. Er betont, dass das anvisierte Ausbauziel von 34% weiterhin hoch ambitioniert und noch keinesfalls „in trockenen Tüchern“ sei.

Das Gremium bedankt sich einmütig bei Prof. Dr. Höfflin. Die ermittelten Ergebnisse belegten einerseits, dass man sich auf dem richtigen Weg befinde und böten andererseits eine gute Planungsgrundlage für das weitere Vorgehen.

Stadträtin **Kopf** zieht aus der Präsentation die Erkenntnis, dass die Akzeptanz der Tagespflege ein Thema sei, an dem dringend gearbeitet werden müsse. Der Widerspruch, dass 30% der Plätze bei Tagesmüttern angeboten werden sollten, die Tagespflege aber nur für 7% der Familien ein Wunschmodell sei, müsse aufgelöst werden.

Stadtrat Dr. **Bohn** sieht die Umfrageergebnisse differenziert, da diese nur an den von Familien angemeldeten Bedarf, nicht jedoch an die gesellschaftliche Notwendigkeit einer Betreuung anknüpfen. In dem einen oder anderen Stadtteil sei es auf Grund der sozialen Strukturen vielleicht sogar wünschenswert, die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Sinne der Integration und der Chancengleichheit für alle Kinder anzukurbeln.

Stadträtin **Klett-Heuchert** spricht die Idee des platz-sharings an. Vor allem im U 3-Bereich erwarte sie sich hiervon eine deutliche Entlastung.

EBM **Seigfried** kündigt für November die Beratung der Bedarfsplanung an. Auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen werde dies sicher wieder ein wichtiges Thema sein.

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Ludwigsburg übernimmt zum 01.01.2012 den Schülerhortverein Eglosheim in eigener Trägerschaft.
2. Die Mitarbeiterinnen des Schülerhortvereins werden von der Stadt Ludwigsburg übernommen.
3. Das komplette Inventar, fest eingebautes und loses Mobiliar sowie alle Sachmittel und sonstige Einrichtungsgegenstände, werden von der Stadt Ludwigsburg übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend erinnert EBM **Seigfried** an die bereits erfolgten Berichte im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales. Leider sei es nicht möglich gewesen, den Schulhortverein Ludwigsburg e.V. weiter am Leben zu erhalten. Nachdem der Verein über lange Jahre bei Auf- und Ausbau verschiedenster Betreuungsangebote herausragende Arbeit geleistet habe, habe man sich dazu entschlossen, die Betreuungseinrichtung in städtischer Trägerschaft zu übernehmen. Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 389/11 informiert er über die zwischen Stadt und Vereinsvorstand getroffene Übereinkunft und insbesondere über die Bedingungen für den Übergang des Personals.

Das Gremium bedankt sich einmütig beim Vereinsvorstand, den Mitgliedern, dem Personal und insbesondere der bisherigen Leiterin Frau Hoheneder für deren großes Engagement und die großen Verdienste um die Ludwigsburger Bildungslandschaft. Weiter verleihen die Gremienmitglieder ihrer Freude darüber Ausdruck, dass zu Gunsten aller Beteiligten eine Vereinbarung über einen reibungslosen, harmonischen Übergang habe getroffen werden können.

Stadtrat **Kromer** weist darauf hin, dass sich in der Beschlussempfehlung zur Vorl. Nr. 389/11 ein Tippfehler eingeschlichen habe. Die Stadt wolle den Schülerhort zum 01.01.2012 und nicht rückwirkend zum 01.01.2011 übernehmen.

EBM **Seigfried** lässt mit dieser Korrektur über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5, Vorl. Nrn. 141/11 und 417/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat **Meyer** bittet die vhs darum, künftig Mehrjahresvergleiche zu präsentieren. Weiter erkundigt er sich nach dem Stand der Kooperations- bzw. Fusionsüberlegungen mit der Volkshochschule des Landkreises und danach, bis wann die mit Vorl. Nr. 181/11 für das 3. Quartal 2011 angekündigten Ergebnisse zu erwarten seien.

Stadtrat **von Stackelberg** lobt bei der vhs insbesondere das Engagement in den Bereichen Integration und Sprachförderung. Bei einer eventuellen Kooperation müsse dieser Standard beibehalten werden. Der Stadtbücherei dankt er insbesondere für deren Engagement für die Zweigstelle Schlösslesfeld und er hofft, das dort praktizierte Modell könne zum Vorbild für die Zweigstelle West werden.

Stadtrat **Glasbrenner** sieht vorher, dass die Grenzen für die Arbeit der vhs in Zukunft auf Grund der finanziellen Rahmenbedingungen noch enger gesteckt werden müssten. Dies gelte auch für die grundsätzlich durchaus gerechtfertigten Raumwünsche. Der „Luxus“ zweier Volkshochschulen sei nicht mehr leistbar und es verlange nach einem Fusions- oder Kooperationskonzept.

Stadträtin **Moersch** kündigt an, der Stadtbibliothek im Rahmen des finanziell leistbaren und machbaren gerne Möglichkeiten zur räumlichen Erweiterung geben zu wollen.

Ähnlich sieht es auch Stadträtin **Steinwand**. Sie erklärt, stolz auf beide Einrichtungen und deren Entwicklung „am Puls der Zeit“ zu sein. Sie hoffe, dass man sich beide Angebote auch in Zukunft weiter leisten könne und will nach Möglichkeiten suchen, die grundsätzlich wünschenswerten Erweiterungen zu realisieren.

Stadtrat **Heer** anerkennt die guten Leistungen beider Einrichtungen bei der Bedarfsdeckung und den Angeboten. Kritisch sieht er jedoch den Kostendeckungsgrad insbesondere bei der vhs. Dieser müsse dringend erhöht werden. Ob dies jedoch durch Kooperation oder Fusion erreicht werden könne, müsse noch geprüft werden.

EBM **Seigfried** äußert sich zuversichtlich, dass die Themen Fusion oder Kooperation der Volkshochschule noch 2011 beraten werden könnten. In diesem Zusammenhang werde dann auch über finanzielle Konsequenzen berichtet. Zu der von Stadtrat Meyer angemahnten Verzögerung sei es gekommen, da eine weitere Kommune Anfang August Interesse an einer Zusammenarbeit signalisiert habe und hier noch Abstimmungen ausstünden.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5, Vorl. Nrn. 141/11 und 417/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat Dr. **Vierling** erkundigt sich, inwieweit die weitere Finanzierung der Projektbestandteile auch schon für die Beratungen zum Haushalt 2012 relevant seien.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) gibt bekannt, dass mit dem vorhandenen finanziellen Überhang auch im Jahr 2012 noch Projekte fortgeführt werden könnten. Aus diesem Grund habe man das Thema auch noch nicht zu den Haushaltsberatungen angemeldet. Die Verwaltung werde noch einen Vorschlag vorlegen, bei welchen dies Sinn mache und welche Projekte ohnehin befristet angelegt seien und auslaufen könnten.

Stadtrat Dr. **Bohn** regt an, Alternativen zu prüfen und beispielsweise eher den Kostenbeitrag für den Mittagstisch moderat zu erhöhen, als das Angebot ganz auslaufen zu lassen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Verwaltung dann auch berichten werde, ob Zuschüsse aus dem Landesarbeitsmarktförderungsprogramm oder aus anderen Programmen zu erwarten seien.

Beschluss:

- Die Spende der **Sovdwaer GmbH**, 71636 Ludwigsburg, i.H.v. 10.000 EUR wird angenommen.
- Die Spende der **Stiftung Mercator GmbH**, 45128 Essen, i.H.v. 10.000 EUR wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM Seigfried lässt über die Vorl. Nr. 413/11 abstimmen.